

Wie man in Niedersachsen DIE LINKE bekämpft – Philipp Rösler (FDP) gibt dem WESER-KURIER ein Interview

Wer wie ich als ehemaliger Niedersachse aus landsmannschaftlicher Verbundenheit hin und wieder die Protokolle des Niedersächsischen Landtages liest, der ist doch recht erstaunt, auf welchem primitivem Niveau von den Regierungsparteien CDU und FDP die parlamentarische Auseinandersetzung mit den LINKEN geführt wird. Der Geist der Debatten erinnert dort zeitweise an den Deutschen Reichstag während der Geltung des Sozialistengesetzes. Ganz offensichtlich fühlen sich die bürgerlichen Parteien durch das Eindringen der LINKEN in ihre „gute Stube“ brüskiert – und da es ihrem politischen Denken an analytischer Schärfe gebricht, so toben sie ihr Missvergnügen ob dieses für sie unerklärlichen Phänomens in Form eines anachronistisch wirkenden affektuellen Antikommunismus aus. CDU und FDP haben eben immer noch nicht gemerkt: Die DDR war gestern, Hartz IV ist heute – und mit rückwärts gewandten geschichtspolitischen Debatten werden sie die aktuellen Probleme der Langzeitarbeitslosen, der Niedriglöhner sowie der um ihren Arbeitsplatz bangenden Arbeitnehmer nicht lösen können oder deren sozialer Lage gerecht werden.

Dankenswerterweise hat nun der niedersächsische FDP-Landes- und Fraktionsvorsitzende Philipp Rösler durch sein Interview mit dem Weser-Kurier vom 15.09.2008 („Rösler lässt die Linke links liegen – Für den FDP-Fraktionschef sind die Neuen im Landesparlament keine Demokraten“) uns Bremer über die intellektuellen Niederungen auf der rechten Seite des niedersächsischen Landtags aufgeklärt.

Ein alter Erfahrungssatz in der politischen Auseinandersetzung lautet: Wer gegen den politischen Gegner sachlich nichts vorzutragen weiß, der verlässt die argumentative Ebene und wird persönlich. So hält es auch Herr Philipp Rösler gleich im Eingang seines Interviews, wo er sich erst einmal über die „strotzende Eitelkeit“ seines Fraktionsvorsitzendenkollegen Manfred Sohn auslässt und daran anschließt: „Am stärksten kann man ihn treffen, indem man nicht emotional reagiert auf das dumme Zeug, das er von sich gibt.“ Abgesehen davon, dass diese charakteriologische Passage höchst unkollegial ist und jegliche bürgerlich-liberale „Noblesse“ vermissen lässt, ist ihr politischer Informationswert gleich Null. Es ist natürlich jedem unbenommen, Auslassungen des politischen Gegners für „dummes Zeug“ zu halten. *Vice versa* sind auch LINKE der Ansicht, dass FDP- und CDU-Politiker häufig „dummes Zeug“ verbraten – so beispielsweise, wenn sie gegen den Mindestlohn oder gegen die Erhöhung der Hartz-IV-Sätze agitieren. Aber ein vergleichbarer sachlicher Hinweis fehlt in dem Interview des Herrn Philipp Rösler. Dieser lässt es vielmehr bei einer begründungsfreien Behauptung bewenden, die er mit rein persönlich-denunziatorischen Bemerkungen anreichert.

Schon in der Überschrift des Interviews wird den LINKEN vorgehalten, sie seien keine Demokraten. Im Text heißt es dazu apodiktisch: „Die Funktionäre sind gegen unsere Verfassung.“ Gespannt warten daher Leser und Leserinnen auf Informationen über die finsternen Absichten dieser Partei, die Herr Philipp Rösler ihnen enthüllen wird. Will DIE LINKE etwa die „Diktatur des Proletariats“ errichten? Beabsichtigt sie die Abschaffung des Parteienpluralismus und des Prinzips der freien Wahlen? Plant sie gar, brave FDP-Mitglieder in den GULAG zu stecken? Vielleicht will sie aber auch nur in Form einer „architektonischen Menschenrechtsverletzung“ den „Palast der Republik“ unter der Schirmherrschaft von Oskar Lafontaine an alter Stätte wieder aufbauen (jetzt als „Oskars Lampenladen“).

Aber wie enttäuscht uns Herr Philipp Rösler. Nichts von alledem: Keine „Nationale Front“! kein „Zettelfalten“! Kein GULAG-Martyrium für FDP-Mitglieder! Nicht mal „Oskars Lampenladen“ droht! Ja, aber was dann? Ganz simpel: *„Sie füllen einfach unsere Verfassung nicht aus. Herr Sohn hat selber gesagt, dass es Zeitverschwendung sei, wenn Opposition sich mit Gesetzesentwürfen beschäftigt. Das aber genau ist Aufgabe des Parlaments und der Parlamentarier – und eben auch der Opposition. Das zeigt, dass die Linkspartei offensichtlich nicht in der Lage ist, ihre Rolle im demokratischen System auszufüllen.“*

An dieser Stelle kann ich nur feststellen: Herr Philipp Rösler „redet dummes Zeug“. Ganz offensichtlich bedarf er einigen Nachhilfeunterricht über den Parlamentarismus im Allgemeinen und über das Parteienwesen im Besonderen. Das Parlament bildet in einer pluralistisch verfassten Demokratie eine politische **Kampfarena**, in der die in ihm vertretenen Parteien als **autonome Akteure** unter dem Dach der Verfassung sowie nach den Regeln der parlamentarischen Geschäftsordnung **die gesellschaftlichen Konflikte öffentlich austragen** und um **Machterwerb** und **Machterhalt** ringen. Die Begriffe des „autonomen Akteurs“ und des politischen Kampfes implizieren, dass **jede** Partei die Instrumente der Verfassung und der parlamentarischen Geschäftsordnung so anwendet, dass sie ihren Zwecken und Zielen nutzt und denen des politischen Gegners schadet. Und wenn DIE LINKE im niedersächsischen Landtag unter diesen Gesichtspunkten bestimmte parlamentarische Möglichkeiten (beispielsweise Große Anfragen, Entschließungsanträge usw.) bevorzugt und andere (eigene Gesetzesentwürfe) vernachlässigt, dann ist sie den Konkurrenzparteien darüber nicht rechenschaftspflichtig. Herr Philipp Rösler offenbart hier ein ganz merkwürdiges Demokratieverständnis, das sich offensichtlich nur eine „allergehorsamste“ Opposition vorstellen kann, die sich vom politischen Gegner die parlamentarische Strategie und Taktik vorschreiben lässt. Ob dieses „Demokratie“-Verständnis des Herrn Philipp Rösler mit der Verfassung vereinbar ist, wage ich allerdings zu bezweifeln.

Wie es schon zu Zeiten des Sozialistengesetzes im 19. Jahrhundert die Konservativen und Nationalliberalen mit der aufstrebenden Sozialdemokratie handhabten, so unterscheidet Herr Philipp Rösler bei der LINKEN zwischen den „verführten“ Wählern und den (wohl böswilligen) „Funktionären“, wobei letztere zwar nicht näher definierte, aber dafür *„klare demokratische Defizite“* aufzeigen. Dagegen bringt er immerhin für die Wähler der LINKEN – wenn auch leicht herablassend - ein gewisses Verständnis auf: *„Es gibt sicher den tiefen Wunsch nach Gerechtigkeit. Viele Menschen sind inzwischen von unserem demokratischen System enttäuscht, weil sie anders als vor zehn, 15 Jahren nicht mehr die Gewissheit haben können, dass der eigene Wohlstand von der eigenen Leistung abhängt. ... Das verunsichert die Menschen natürlich, macht ihnen Angst. Und das fördert das Ungerechtigkeitsempfinden.“* Als Herr Philipp Rösler allerdings gefragt wird, was „denn die Politik dagegen machen“ kann, fällt ihm nichts weiter ein, als einer Stärkung des Mittelstandes das Wort zu reden und gleichzeitig anzukündigen, die niedersächsische Landesregierung werde deshalb auch die geplante Reform der Erbschaftssteuer im Bundestag ablehnen. Dass die FDP jenseits der Parteitagsrhetorik in ihrer praktischen Politik weniger die Interessen des auf einen florierenden Binnenmarkt angewiesenen Mittelstandes, sondern vielmehr die der Exportwirtschaft und der Finanzindustrie (vulgo „Heuschrecken“) vertritt, verschweigt er allerdings wohlweislich.

Auf die naheliegende Frage des Interviewers, ob er „ernsthaft“ glaube, „dass Sie mit einer Stärkung des Mittelstandes Wähler der Linkspartei wie Arbeitslose, Studenten oder Rentner zurückgewinnen können,“ antwortet Herr Rösler: *„Ja. Gerade Arbeitslose*

haben dieses Gefühl der Ungerechtigkeit. Sie waren fleißig und sind trotzdem da reingeraten.“ Ja, wie sind die bloß „da reingeraten“? Wenn der FDP-Politiker jetzt noch – Friedrich Schiller zitierend – hinzugefügt hätte „Mit des Schicksals Mächten / ist kein ew'ger Bund zu flechten / und das Unglück schreitet schnell“, dann wüssten wir wenigstens, dass er ein literarisch gebildeter Mensch ist.

Die Massenarbeitslosigkeit ist unter anderem auch auf die gerade von der FDP vertretene neoklassische Ausrichtung der Wirtschaftspolitik mit ihrer Austrocknung des Binnenmarktes zurückzuführen. Niemand ist rein individuell und unglücklicherweise in die Arbeitslosigkeit „reingeraten“, dieselbe resultiert vielmehr aus politischen Entscheidungen von Regierungen und Parlamentsmehrheiten sowie aus wirtschaftsstrategischen Überlegungen der Unternehmen. **Und es ist die FDP**, die sich systematisch einer aktiven Arbeitsmarktpolitik widersetzt und stattdessen den Druck auf die Arbeitslosen verstärken will. Hartz IV war ihr stets zu „lasch“. Man lese dazu nur die Parlamentsreden der Bundestagsabgeordneten Niebel und Kolb, um zu erkennen, wie diese Partei tatsächlich mit jenen umzuspringen gedenkt, die „da reingeraten“ sind.

Aber Herr Philipp Rösler will ja auch die Rentner und Rentnerinnen als potentielle Wähler den LINKEN abspenstig machen: *„Zum Wohle der Rentner fordern wir, dass wir endlich zu einer echten Rentenreform kommen, die auf die Erfordernisse der demografischen Entwicklung eingeht.“* Ohne hier nun auf die auch wissenschaftlich umstrittenen Einzelheiten der demografischen Entwicklung einzugehen, so wissen die Wähler und Wählerinnen doch nur zu genau, dass schon jetzt mit dieser Argumentation eine Reihe von Rentenkürzungen vorgenommen wurden und sowohl die Regierungsparteien als auch die FDP danach streben, die Rentenhöhe *a la long* auf ein Grundsicherungs-niveau fallen zu lassen, um mit der „Privatvorsorge“ der Finanzindustrie ein neues Geschäftsfeld zu eröffnen. Folglich gibt in diesem Kontext Herr Philipp Rösler den potentiell links wählenden Rentnern zu verstehen, dass er ihr Vertrauen erwerben will, indem er ihnen weitere Rentenkürzungen in Aussicht stellt. Nun ja – wenn er meint, dies wäre eine zugkräftige Wahlparole, dann wollen wir ihn in dem Glauben belassen.

Weiterhin heißt es in der gleichen Interviewpassage. *„Gleichzeitig müssen wir bereit sein, für die jetzige Rentnergeneration unseren Beitrag zu leisten. Da stehen wir eindeutig in der Pflicht und Verantwortung.“* Leider bleibt uns aber Herr Philipp Rösler die Antwort schuldig, welchen „Beitrag“ er meint, und wie er ihn bewerkstelligen will. Ich erinnere mich nur, dass die FDP-Bundestagsfraktion „Zeter und Mordio“ schrie, als die Bundesregierung den „Riester-Faktor“ befristet aussetzte, um nach mehreren Nullrunden den Rentnern eine lausige Erhöhung von 1,1 % zu ermöglichen. Auf jeden Fall stehen die unsubstantiierten Interviewphrasen des niedersächsischen FDP-Landes- und Fraktionsvorsitzenden in deutlichem Gegensatz zu der von seiner Partei ansonsten propagierten und praktizierten Politik.

Wir müssen uns klarmachen: Die Erfolge der LINKEN beruhen nicht allein auf unserer Dynamik und argumentativen Kraft, sondern zu einem großen Teil auf der mangelnden Fähigkeit des politischen Gegners, sich jenseits aller Phrasen in die Lebensnöte und Soziallagen unserer Wählerinnen und Wähler hineinzusetzen. Diese Defizite versuchen sie mit persönlichen Verunglimpfungen und unfruchtbaren geschichtspolitischen Debatten zu kompensieren. Solange wir solche Gegner haben, sollten wir wegen unserer weiterer Erfolge nicht bange sein.

15.9.2008

Rösler lässt Linke links liegen

Für den FDP-Fraktionschef sind die Neuen im Landesparlament keine Demokraten

Verdammen, ignorieren, ernst nehmen? Wenn in dieser Woche der Landtag wieder seine Arbeit aufnimmt, steht erneut der Umgang mit der Linken im Blickpunkt. Mit FDP-Fraktionschef Philipp Rösler sprach unser Korrespondent Peter Mlodoch.

Frage: Herr Dr. Rösler, auch in der Sommerpause gab es um die Linken im Niedersächsischen Landtag Wirbel. CDU-Ministerpräsident Christian Wulff rückte sie gar in die Nähe von Terroristen. Was bedeutet das jetzt für die Arbeit im Parlament?

Rösler: Man muss unterscheiden zwischen den Funktionären der Linkspartei auf der einen Seite und ihren Wählern auf der anderen Seite. Die Funktionäre haben aus meiner Sicht klare demokratische Defizite und strotzen vor Eitelkeit, vor allem der Kollege Fraktionsvorsitzender Manfred Sohn.

Was wollen Sie dem entgegensetzen?

Am stärksten kann man ihn treffen, indem man nicht emotional reagiert auf das dumme Zeug, das er von sich gibt. Sondern indem man ganz gelassen zur Tagesordnung übergeht und auf Provokation nicht eingeht. Damit können eitle Menschen nicht gut umgehen.

Schwerer wiegt der Vorwurf der demokratischen Defizite.

Die Funktionäre sind gegen unsere Verfassung. Nicht weil sie ständig irgendwelche Anträge schreiben, die unsere Grundwerte unterlaufen. Sie füllen einfach unsere Verfassung nicht aus. Herr Sohn hat selber gesagt, dass es Zeitverschwendung sei, wenn Opposition sich mit Gesetzentwürfen beschäftigt. Das aber genau ist Aufgabe des Parlaments und der Parlamentarier - und eben auch der Opposition. Das zeigt, dass die Linkspartei offensichtlich nicht in der Lage ist, ihre Rolle im demokratischen System auszufüllen.

Das hat mit Terrorismus nichts zu tun. Ist die Beobachtung der Linkspartei durch den Verfassungsschutz noch zeitgemäß?

Wenn es terroristische Tendenzen gäbe, müsste man diesen strafrechtlich nachgehen. Das ist, soweit ich das weiß, nicht der Fall. Aber die Linkspartei ist eindeutig undemokratisch. Die Beobachtung ist nötig; der Verfassungsschutz muss im Vorfeld tätig werden.

Und was ist mit den Wählern?

Schwieriger ist der Umgang mit den vielen Menschen, die die Linkspartei wählen. Es gibt sicher den tiefen Wunsch nach Gerechtigkeit. Viele Menschen sind inzwischen von unserem demokratischen System enttäuscht, weil sie anders als vor zehn, 15 Jahren nicht mehr die Gewissheit haben können, dass der eigene Wohlstand von der eigenen Leistung abhängt. Sondern vielmehr hat man das Gefühl, es hängt von Beliebigkeiten ab. Also wenn Mitarbeiter beispielsweise bei Nokia schufteten, fleißig sind, das Werk mit aufbauen, für gute Unternehmenszahlen sorgen und dann trotzdem das Werk dicht macht, dann hat dies an allem Möglichen gelegen, aber nicht an der eigenen persönlichen Leistung. Das verunsichert die Menschen natürlich, macht ihnen Angst. Und das fördert das Ungerechtigkeitsgefühl.

Was kann denn die Politik dagegen machen?

Wir müssen vor allem den Mittelstand stärken. Bei großen Konzernen ist es leider oft so, dass sie trotz hoher Gewinne die Arbeitnehmer entlassen. Kleine und mittelständische Firmen dagegen entlassen niemals jemanden, wenn sie hohe Gewinne machen. Im Gegenteil, diese Firmen stellen dann oft neue Leute ein. Und selbst wenn es mal schwieriger wird, behalten die mittelständischen Unternehmen ihre Leute. Die Beziehung ist hier zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer viel menschlicher als in einem Großkonzern. Das Prinzip, dass man durch seine eigene Leistung seinen Wohlstand sichern kann, gilt hier voll.

Sie können doch Großkonzerne wie Volkswagen nicht einfach in mittelständische Unternehmen umwandeln.

Natürlich nicht. Aber Tagespolitik kann und muss für den Mittelstand handeln, etwa indem man bürokratische Monster wie das Antidiskriminierungsgesetz abschafft. Aktuelles Thema auch für Niedersachsen: Stimmt das Land der Reform der Erbschaftssteuer zu? Aus jetziger Sicht können wir das nicht.

Warum nicht?

Es war immer das Ziel, dass Unternehmen ohne Substanzverlust und Arbeitsplatzverlust an die nächste Generation weitervererbt werden können. Die große Koalition in Berlin hatte ursprünglich vereinbart, bei zehnjähriger Weiterführung sollte ein Unternehmen von der Steuer befreit sein. Davon haben sich CDU und SPD verabschiedet. Nun sollen automatisch 15 Prozent des Unternehmenswertes sofort besteuert werden. Nur noch 85 Prozent sollen steuerfrei bleiben, wenn es gelingt, über die nächsten 15 Jahre die Lohnsumme bei 70 stabil zu halten. Das ist eine unzumutbare Alles-oder-nichts-Regel.

Noch mal zu den Großen. Was machen Sie, wenn Konzerne in Niedersachsen wie VW oder Airbus Jobs abbauen?

Man darf nicht den Eindruck erwecken, dass Politik hier groß etwas unternehmen könnte. Wenn große Konzerne in Schwierigkeiten stecken, kommen zuhauf Politiker und auch Journalisten. Wenn mittelständische Firmen in Problemen stecken, dann kommt höchstens der Insolvenzverwalter. Da kann ich verstehen, dass sich der Mittelstand häufig von der Politik allein gelassen fühlt.

Glauben Sie ernsthaft, dass Sie mit einer Stärkung des Mittelstandes Wähler der Linkspartei wie Arbeitslose, Studenten oder Rentner zurückgewinnen können?

Ja. Gerade Arbeitslose haben dieses Gefühl der Ungerechtigkeit. Sie waren fleißig und sind trotzdem da reingeraten. Oder Studenten, die trotz guter Ausbildung keinen Job finden. Zum Wohle der Rentner fordern wir, dass wir endlich zu einer echten Rentenreform kommen, die auf die Erfordernisse der demografischen Entwicklung eingeht. Die jetzige Generation ist noch mehr aufgefordert, für die eigene Alterssicherung zu sorgen. Gleichzeitig müssen wir bereit sein, für die jetzige Rentnergeneration unseren Beitrag zu leisten. Da stehen wir eindeutig in der Pflicht und Verantwortung. Die heutigen Rentner haben unser Land mit aufgebaut. Bei dieser Doppelbelastung müssen aber die Systeme, in die wir einzahlen, auch wirklich sicher sein. Diese Gewissheit haben wir heute leider nicht.

© Bremer Tageszeitungen AG

[DRUCKEN](#) | [FENSTER SCHLIESSEN](#)